

Antrag

der Fraktion der SPD

Nichtbewilligung von Krediten für den Weiterbau des Atomkraftwerks Mochovce in der Slowakischen Republik

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegen eine Vergabe von öffentlichen Krediten für die Fertigstellung des Atomkraftwerkes Mochovce in der Slowakischen Republik auszusprechen und in allen relevanten Gremien der Europäischen Union, insbesondere gegenüber der EU-Kommission, Euratom und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der Europäischen Investitionsbank in diesem Sinne tätig zu werden.

Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, den deutschen Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) anzuweisen, gegen die Bewilligung des Kredits für den Weiterbau von Mochovce zu stimmen.

Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, die slowakische Republik bei der Entwicklung von Alternativen zur Fertigstellung des Atomkraftwerkes Mochovce zu unterstützen. Nach einer Studie der Weltbank ist eine konsequente Energiesparstrategie billiger als die Nachrüstung vorhandener und der Zubau neuer Kernkraftwerke. Wenn die Versorgungsstrukturen in Osteuropa auf westeuropäischen Standard gebracht werden, können mehr als 30 Prozent der bisher verschwendeten Energie eingespart werden, mit entsprechenden Kostenentlastungen für die Beschaffung von Öl, Gas und Kohle. Nach internationalen Schätzungen liegt der Energieverbrauch in der Slowakischen Republik mit 6 t/E knapp über dem deutschen Standard und, gemessen am Brutto-sozialprodukt, mehr als doppelt so hoch. Dies zeigt, daß eine Energiesparstrategie die ökonomischste Perspektive auch für die Slowakische Republik ist. Deshalb sollte die Bundesregierung in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, in der Europäischen Investitionsbank und den anderen internationalen Finanzinstitutionen darauf hinwirken, daß in allen mittel- und osteuropäischen Staaten alternative Projekte zur Energieeinsparung gefördert werden. Insbesondere sind Joint-ventures mit der Weltbank zu vereinbaren.

Bonn, den 28. März 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

